

Das Wochenmagazin der

spoe.at

SPÖ

Aktuell

4. Juni 2010 • Nr. 1

„Österreich 2020“ -
Gastkommentar von ASKÖ-Präsident
Peter Wittmann

Erfolgsweg des Burgenlandes ist gesichert:

**Absolute
Regierungsmehrheit**

50% der Landtagssitze



Das Burgenland hat gewählt. Die Wählerinnen und Wähler haben Landeshauptmann Hans Niessl neuerlich das Vertrauen ausgesprochen und somit den Weg geebnet für die Fortsetzung der Erfolgsstory Burgenland – ein Bundesland, das unter sozialdemokratischer Führung in vielen Bereichen vom Ziel 1-Gebiet zur Nummer 1 wurde.

Die SPÖ hat sie schon lange gefordert – jetzt wird sie kommen: Die Einkommens-transparenz soll dazu beitragen, dass sich die auseinanderklaffende Lohnschere zwischen Frauen- und Männereinkommen endlich schließt. Der Frauenbericht des Frauenministeriums hat gezeigt, wie dringlich es ist, hier Maßnahmen zu setzen, die wirken. Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek und Sozialminister Rudolf Hundstorfer ist nun eine Einigung mit dem Koalitionspartner gelungen. Im Gleichbehandlungsgesetz wird festgelegt, dass Unternehmen künftig nach bestimmten Kriterien Einkommensberichte erstellen müssen.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

Landtagswahl im Burgenland	4
Einkommenstransparenz	5
Interview mit Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek	7
Klarstellung zu Mindestsicherung und ÖBB.....	8
„Österreich 2020“-Gastkommentar von ASKÖ-Präsident Peter Wittmann	14

Tagesbetreuung: Gütesiegel für 196 Vorzeigeschulen

Bildungsministerin Claudia Schmied hat 196 Schulen mit dem begehrten Gütesiegel „Kompetenzzentrum für schulische Tagesbetreuung“ ausgezeichnet. Das Gütesiegel für qualitätsvolle Tagesbetreuung ist für die Schuljahre 2010/11 und 2011/12 gültig. „Wir würdigen damit die engagierte Arbeit jener, die sich den ganzen Tag über besonders für Kinder einsetzen“, so Schmied. Während mit der ersten Aktion 81 Schulen ausgezeichnet werden konnten, erhielten jetzt mehr als doppelt so viele Schulen das Gütesiegel. „Das zeigt, dass wir mit unserer Aktion einen

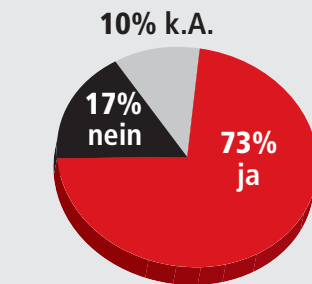
wichtigen Anreiz für die weitere Verbesserung in der Tagesbetreuung gesetzt haben“, betonte Schmied. ♦



Bildungsministerin Claudia Schmied: „Ganztägige Schulangebote sind der Renner.“

THEMEN DER WOCHE

Für ein EU-Votum für Finanztransaktionssteuer



Quelle: Österreich | Grafik: SPÖ

73 Prozent unterstützen SPÖ-Initiative

73 Prozent aller Österreicherinnen und Österreicher würden die von SPÖ und SPD gemeinsam angeregte EU-Bürgerinitiative zur Einführung einer europaweiten Finanztransaktionssteuer unterschreiben. Hoch ist die Zustimmung selbst unter den ÖVP-Wählern: 68 Prozent sind für ein EU-Votum, so das bemerkenswerte Ergebnis einer aktuellen Gallup-Umfrage. ♦

mitreden.spoe.at

Meinungsforum:

Einkommenstransparenz – Mehr Lohngerechtigkeit für Frauen?

Die von Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek geforderte Einkommens-transparenz kommt. Ab 2011 müssen die ersten Unternehmen Einkommens-berichte erstellen.

Diskutieren Sie unter www.spoe.at mit, ob Einkommenstransparenz in Unternehmen ein Beitrag zu mehr Lohngerechtigkeit für Frauen ist.



Spöla

SPÖ-Wirtschafts-sprecher Christoph Matznetter

Sozialversicherung für Selbstständige

Hunderttausende Selbstständige müssen sich seit 1. Juni 2010 den Arzt selbst zahlen. „Wir müssen alles daran setzen, den vertragslosen Zustand so rasch als möglich zu beenden“, fordert SPÖ-Wirtschaftssprecher und WKÖ-Vizepräsident Christoph Matznetter. Wir müssen sicherstellen, dass gerade jene mit geringem Einkommen „auch ohne Geld in der Tasche zum Arzt gehen können“, so Matznetter. Ein „Sozial- oder Härtefonds“ könnte hier Abhilfe schaffen. Der Sozialdemokratische Wirtschaftsverband arbeitet an entsprechenden Vorschlägen. ♦

Zitat der Woche

„Die Mindestsicherung darf nicht in Geiselhaft einer politischen Diskussion genommen werden. Sie ist ein Teil der Armutsbekämpfung und keine ‚soziale Hängematte.‘“

Bundeskanzler Werner Faymann

Erfreulicher Trend am Arbeitsmarkt

„Die starke Frühjahrsbelebung am Arbeitsmarkt hält an“, so Sozialminister Rudolf Hundstorfer zu den Arbeitsmarktdaten für den Monat Mai. Die Arbeitslosigkeit sinkt gegenüber dem Vorjahr um 12.688 Betroffene oder 5,3 Prozent. „Bereits in sechs Bundesländern – Burgenland, Steiermark, Salzburg, Kärnten, Tirol, Vorarlberg – gibt es, auch inklusive Schulungen, sinkende Arbeitslosigkeit“, betont Hundstorfer. Erfreulich sei, dass mit plus 19 Prozent im Mai deutlich mehr offene Stellen als im Vorjahr zur Verfügung stehen, und dass die Jugendarbeitslosigkeit im Mai um 10,7 Prozent gesunken ist. ♦



BMAASK

Sozialminister Rudolf Hundstorfer



STANDPUNKT

Wer hat über seine Verhältnisse gelebt?!

Einige machen es sich dieser Tage besonders leicht. Anstatt darüber nachzudenken, wie es zur größten Wirtschaftskrise nach dem Zweiten Weltkrieg kommen konnte und was die Konsequenzen daraus sein sollten, versuchen neoliberale Bewahrer dem Sozialstaat die Schuld in die Schuhe zu schieben.

Wir“ hätten „über unsere Verhältnisse gelebt“ und seien deshalb so verschuldet, geißeln ÖVP-Klubobmann Kopf und andere Teile der Bewahrerpartei ÖVP die sozialen Errungenschaften unserer Republik. Wie fundiert und glaubwürdig ist also eine solche „Analyse“. Wer hat tatsächlich über seine Verhältnisse gelebt und wen meint die ÖVP eigentlich mit „wir“?

Es drängt sich die Frage auf, ob vielleicht ein Flügel der sogenannten „Volkspartei“ mit aller Kraft verhindern will, dass jene für die Krise zur Verantwortung gezogen werden, die sie auch mit verursacht haben. Die ÖVP setzt sich also einmal mehr als Lobbypartei der Banker und Spekulanten in Szene. Dies unterstreicht sie einmal mehr mit Aussagen wie, dass „wir alle über die Verhältnisse gelebt“ hätten – und meint damit, dass „wir“ nun alle beitragen und in voller Demut jene Summen zurückzahlen müssen, die für die Reparaturarbeit der durch die Krise verursachten Schäden notwendig waren.

Für die hart arbeitenden Menschen in Österreich und Europa ist das ein Schlag ins Gesicht – sie schuften täglich für ihr Einkommen und zahlen von ihrem Lohn-einkommen bis zu 50 Prozent Steuern und Abgaben. Eine Krankenschwester oder ein Eisenbahner tragen mit rund 35 Prozent an Steuern und Abgaben ihren Teil schon in ausreichendem Maße bei. Beide Berufsgruppen haben die letzten Jahre mit Sicherheit nicht über ihre Verhältnisse gelebt.

Viele Großunternehmen und Banken zahlen hingegen dank der Gruppenbesteuerung trotz hoher Gewinne in Österreich, gar keine Steuern. Rund 400 Millionen Euro entgehen dem Staat dadurch pro Jahr. Die ÖIAG verschlingt zwar Abermillionen, bringt aber weder dem Wirtschaftswachstum noch der Beschäftigung etwas.

Für viele Menschen ist unser Sozial- und Wohlfahrtsstaat eine existenzielle Notwendigkeit. Vor allem ist Wohlstand für möglichst Viele eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Der Mindestpensionist, der Eisenbahner und die Krankenschwester parken ihr Geld nicht in irgendwelchen Stiftungen, sondern kurbeln durch ihren Konsum sogar das Wachstum an. Spekulanten und Banken haben im Gegenzug dazu eine verheerende Krise provoziert.

Das kollektive „WIR“ bei der Erkenntnis, über die Verhältnisse gelebt zu haben, ist daher – kurz gesagt – unangebracht. Lieber sollte sich die ÖVP den Kopf darüber zerbrechen, welche Maßnahmen ein so großes Loch in unser Budget gerissen haben. Richtig: Es waren die milliarden-schweren Bankenpakete, Haftungen für Unternehmen und Griechenland sowie die Notverstaatlichung der Hypo und die notwendigen Konjunktur- und Arbeitsmarktpakete, die uns vor einem Kollaps bewahrten.

Wer hat also über seine Verhältnisse gelebt? Weder die sozial Schwachen noch der Mittelstand in Österreich. Die Löhne sind in den Jahren 2000 bis 2008 lediglich um 25 Prozent gestiegen – also um 19 Prozent weniger als die Gewinne von Unternehmen, die in derselben Zeit um 44 Prozent gestiegen sind.

Wer hat die letzten Jahre wirklich „über seine Verhältnisse gelebt“? Wessen Lebensweise erinnert an „spättrömische Dekadenz“? Von werktätigen und hilfsbedürftigen Menschen, Klein- und Mittelbetrieben, Krankenschwestern, Studierenden und Schülern, Pflegebedürftigen und Mindestpensionisten, Eisenbahnern und Postbeamten kann dabei mit Sicherheit nicht die Rede sein.

Es war die zügellose Gier der Banken und Spekulanten nach enormen Profitraten

„Wer hat die letzten Jahre wirklich über seine Verhältnisse gelebt? Von werktätigen und hilfsbedürftigen Menschen, Klein- und Mittelbetrieben, Pflegebedürftigen und Mindestpensionisten kann dabei mit Sicherheit nicht die Rede sein.“

und kurzfristigen Gewinnen, das Wetten auf Staatsschulden, Preisteuerungen und Nahrungsmittel – ohne Rücksicht auf Arbeitsplätze oder menschliche Bedürfnisse. Verantwortlich für den Finanzkollaps war das Dogma der unregulierten Märkte, des Lohn-Dumpings und der Privatisierungen. Dessen unweigerliches Scheitern kostete die Steuerzahler Milliarden.

Wer dem neoliberalen Marktevangeliem heute noch immer frönt und nichts aus all dem gelernt hat, macht sich für die Krise von morgen mitverantwortlich. Das muss vor allem Parteien klar sein, die gemeinhin als „staatstragend“ bezeichnet werden. Karlheinz Kopf möchte aus seiner Partei aber offenbar wieder eine „staatstragende“ Partei machen.

Es gibt viele Beispiele, die zeigen, wie absurd und realitätsfremd die Einschätzung von Kopf und Co ist: Von 8,3 Millionen Menschen, die in einem Land leben, das als reich und wohlhabend gilt, sind 1,2 Millionen von Armut betroffen. Gleichzeitig besitzen nur 10 Prozent der Österreicher 70 Prozent des Vermögens. Trotz der eindeutigen Daten- und Faktenlage, versucht die ÖVP lieber die Mindestsicherung an den Pranger zu stellen, als gemeinsam mit uns für mehr Verteilungsgerechtigkeit zu sorgen.

Der Missbrauch des kollektiven „Wir“ von Kopf und Co ist diesmal – kurz gesagt – einfach unverschämt. ♦

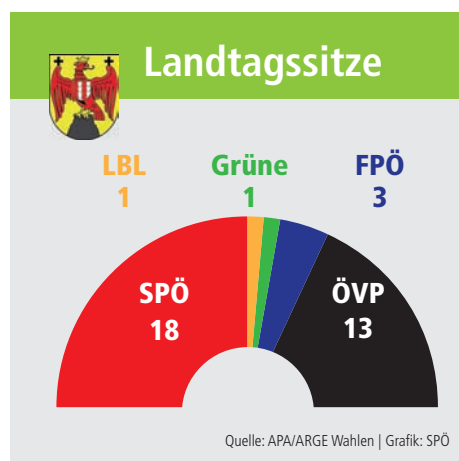
SPÖ bleibt die zentrale

Die Landtagswahl im Burgenland ist geschlagen. Die SPÖ konnte 18 Landtagsmandate und die absolute Mehrheit der Regierungssitze erringen. Der Aufstieg des Burgenlands kann fortgesetzt werden.



picturedesk

Die SPÖ bleibt die zentrale Kraft im Burgenland – beinahe jeder zweite Wähler hat Hans Niessl und seinem Team das Vertrauen ausgesprochen.



Nach der Auszählung der rund 16.500 Wahlkarten ist der „Wahlkrimi“ rund um die Burgenländische Landtagswahl jetzt zu Ende. Die SPÖ, unter ihrem Spitzenkandidaten Hans Niessl, konnte 48,26 Prozent der Wählerstimmen erringen. Somit hat beinahe jeder zweite Burgenländer dem amtierenden Landeshauptmann und seinem Team das Vertrauen ausgesprochen. Die SPÖ hat jetzt 18 von 36 Landtagssitzen inne. Gegen Hans Niessl und die Sozialdemokratie kann das Burgenland also nicht regiert werden. „Nichts geht ohne uns, alles muss mit uns passieren“, bringt es SPÖ-Klubobmann

Christian Illedits auf den Punkt. Bei den Regierungssitzen bleibt die absolute Mehrheit – vier von sieben Sitzen – für die SPÖ bestehen. Für Landeshauptmann Hans Niessl ist das Wahlergebnis eine klare Bestätigung seines Kurses: „Es wird weiterhin den rot-goldenen Weg geben und somit den weiteren Aufstieg fürs Burgenland.“ Ein besonderer Vertrauensbeweis für den amtierenden Landeshauptmann sind auch die rund 51.000 Vorzugsstimmen, mit denen die Burgenländerinnen und Burgenländer seine erfolgreiche Arbeit honoriert haben. Lässt man das Rekordjahr 2005 außer acht, kann sich Hans Niessl über das beste Er-

Kraft im Burgenland

„Es wird weiterhin den rot-goldenen Weg geben und somit den weiteren Aufstieg für das Burgenland.“

Landeshauptmann Hans Niessl

gebnis seit 29 Jahren freuen. „Damit bleibt die SPÖ die zentrale Kraft im Burgenland. Hans Niessl bleibt Landeshauptmann und wird seinen erfolgreichen Kurs für das Land fortsetzen“, freut sich SPÖ-Landesgeschäftsführer Robert Hergovich.

Denkzettel für Schwarz und Blau

Bei den anderen burgenländischen Parteien dürfte sich die Freude hingegen in Grenzen halten. Die ÖVP, samt ihrem farblosen Spitzenkandidaten, fiel auf den historischen Tiefstand von 34,62 Prozent – ihr schlechtestes Ergebnis in der Geschichte der Zweiten Republik. Auch die FPÖ verfehlte ihr großspurig ausgerufenes Wahlziel deutlich: Mit 8,98 Prozent scheiterten die Blauen klar an der Zweistelligkeit. Nach dem Debakel bei der Bundespräsidentenwahl schon die zweite Wahlschlappe, die FP-Chef Strache zu verantworten hat. Ein zentrales Wahlziel der SPÖ konnte so erreicht werden: Eine schwarz-blaue Koalition wird es im Burgenland nicht geben. Die Grünen und die Liste Burgenland – ein freiheitliches Spaltprodukt – schafften

ZAHLN, DATEN, FAKTEN

- ▶▶ 248.694 Wahlberechtigte
- ▶▶ Wahlbeteiligung: 77,3 Prozent (192.246 abgegeben Stimmen)
- ▶▶ 16.220 Briefwähler (mehr als 6 Prozent der Wahlberechtigten)
- ▶▶ Rund 51.000 Vorzugsstimmen für Hans Niessl
- ▶▶ 56 Prozent der weiblichen Wähler votierten für die SPÖ

knapp die Vier-Prozent-Hürde und ziehen mit jeweils einem Sitz in den Landtag ein.

Darabos entscheidet Ministerduell klar für sich

Einen haushohen Sieg konnte auch Verteidigungs- und Sportminister Norbert Darabos am Sonntag verbuchen: In seiner Heimatgemeinde konnte sich der Minister über ein Plus von fünf Prozent für die SPÖ freuen. Agrarminister Berlakovich hingegen musste zu Hause in Nebersdorf eine klare Abfuhr für seine Volkspartei miterleben: Die ÖVP verlor 11,2 Prozent. Die SPÖ konnte in der Heimat des schwarzen Ministers hingegen satte 8,5 Prozent zulegen. Augenscheinlich halten die Burgenländerinnen und Burgenländer mehr von der Arbeit „ihres“ roten Ministers in Wien. ♦

Stimmen zur Wahl



Zimmer

„In wirtschaftlich schwierigen Zeiten braucht es starke Persönlichkeiten wie Hans Niessl – das haben auch die Burgenländer so gesehen. Das ist das Ergebnis von Hans Niessl und ich freue mich sehr darüber.“

Bundeskanzler und SPÖ-Vorsitzender
Werner Faymann



Lechner

„Die SPÖ konnte jeden zweiten Wähler für sich gewinnen. Dafür kann man Hans Niessl und seinem Team nur gratulieren.“

Verteidigungs- und Sportminister
Norbert Darabos



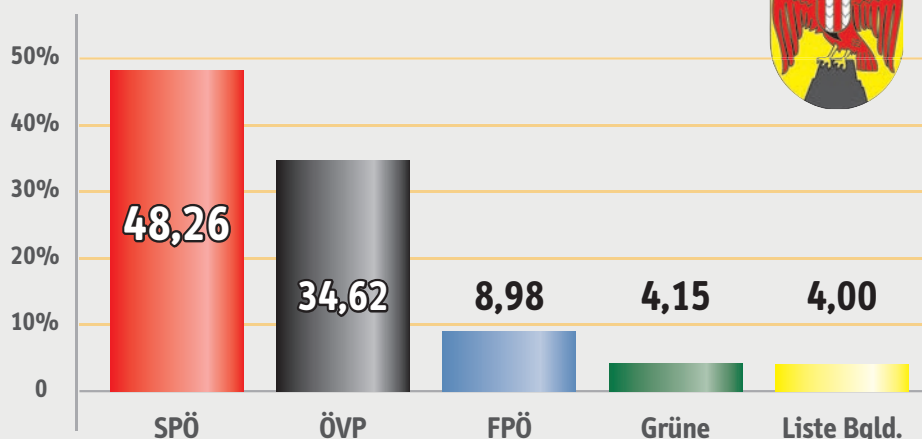
Zimmer

„Eine tolle Leistung, mit dem neuerlichen Gewinn der absoluten Mehrheit in der Landesregierung und 50 Prozent aller Mandate und einem Stimmenanteil, der das große Vertrauen der Bevölkerung in die sozialdemokratische Politik abbildet.“

SPÖ-Bundesgeschäftsführer
Günther Kräuter

Burgenland Wahl 2010

Endergebnis der Landtagswahl (Angaben in Prozent)



GLEICHSTELLUNG

Mit Einkommenstransparenz zu gerechten Löhnen

In Österreich verdienen Frauen für die gleiche Arbeit deutlich weniger als ihre männlichen Kollegen. Die Einkommenstransparenz wird hier Abhilfe schaffen.

Es geht darum, den Frauen nicht ‚großzügig‘ etwas zuzugestehen, sondern ihnen das zukommen zu lassen, was ihnen zusteht“, sagte Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek zur Einigung auf die gesetzliche Verankerung der Einkommenstransparenz. Die Heimlichtuererei bei den Einkommen hat bisher zu ungleichen Löhnen und Gehältern zwischen Männern und Frauen geführt. Österreich folgt dem schwedischen Beispiel und wird die verpflichtende Einkommenstransparenz im Gleichbehandlungsgesetz verankern.

Einkommensschere verringern

„Wir lernen von den Besten: In Schweden machen die geschlechterspezifischen Einkommensunterschiede sechs Prozent aus, in Österreich sind es bis zu 18 Prozent“, so Heinisch-Hosek. Ab 2011 sind Unternehmen verpflichtet, einen jährlichen Einkommensbericht zu erstellen (Näheres dazu im Infokasten). Damit werden die durch-



Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek und Sozialminister Rudolf Hundstorfer sind hoch erfreut: Das Engagement der SPÖ hat sich ausgezahlt – die anonyme Offenlegung der Gehälter kommt.

schnittlichen Löhne und Gehälter in den verschiedenen Verwendungsgruppen analysiert. Diese Angaben werden um die Arbeitszeit bereinigt, um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten. Jeder Mitarbeiter kann bei der Belegschaftsvertretung Einsicht in die Gehälterinformationen nehmen. Die Einkommensberichte werden keine Rückschlüsse auf Einzelgehälter zulassen, die Anonymität ist gewährleistet.

Jobinserate mit Gehaltsangabe

Neben den Einkommensberichten werden weitere Maßnahmen gesetzt, um die Ein-

kommensschere zu verringern. „Unternehmen werden verpflichtet, bei Jobausreibungen den kollektivvertraglichen Mindestlohn anzugeben, um eine bessere Gehaltsorientierung zu ermöglichen“, erklärt Sozialminister Rudolf Hundstorfer. Ähnlich wie in der Schweiz soll im Internet ein Gehaltsrechner, mit dem die durchschnittlichen Verdienstmöglichkeiten nach Branche, Ausbildung und Tätigkeit abgefragt werden können, angeboten werden.

Im Herbst soll das Gesetz im Sozialausschuss beschlossen werden und ab 1. Jänner 2011 in Kraft treten. ♦

HINTERGRUND

Ab wann gilt die Einkommenstransparenz?

Ab 1.1.2011 müssen Betriebe einmal jährlich einen Einkommensbericht vorlegen. Stufenweise wird die Einkommenstransparenz von Großbetrieben mit über 1.000 Beschäftigten (ab 2011) bis zu Unternehmen mit mehr als 150 Beschäftigten (ab 2014, betrifft 2.800 Betriebe und 41 Prozent der ArbeitnehmerInnen) ausgeweitet.

Stimmen zur Einkommenstransparenz



Bundeskanzler
Werner Faymann

„Das ist ein entscheidender Schritt in Richtung ‚gleicher Lohn für gleiche Arbeit‘.“



SPÖ-Frauensprecherin
Gisela Wurm

„Frauen bekommen für die gleiche Arbeit weniger Lohn. Jetzt wird diesem ‚Frauenabschlag‘, den es noch immer in allen Branchen in Österreich gibt, von der SPÖ-geführten Regierung und den Sozialpartnern ein Riegel vorgeschoben.“



SPÖ-Bundesfrauengeschäftsführerin
Andrea Mautz

„Endlich müssen sich Betriebe mit den Gehältern ihrer MitarbeiterInnen im Detail beschäftigen und können die Einkommensunterschiede nicht mehr unter den Tisch kehren.“

FRAUENBERICHT 2010

Klarer Handlungsauftrag an die Politik

Nach fünfzehn Jahren gibt es wieder einen Frauenbericht. Dieser zeigt jedoch, dass noch einiges an Arbeit vor uns liegt, damit Frauen und Männer in der Gesellschaft gleichgestellt sind.

Frauen sind gut ausgebildet, Frauen sind berufstätig, Frauen können Beruf und Familie besser vereinbaren, aber verdienen viel weniger als die Männer und sind an der Spitze der Wirtschaft kaum vertreten. Daher sage ich: Ja wir sind auf dem richtigen Weg, und nein, es geht noch viel zu wenig schnell. Denn oft bläst uns ein Gegenwind entgegen, der kein Lüfterl, sondern eher ein Sturm ist“, verdeutlichte Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek bei der Präsentation des Frauenberichts. Dieser zeigt, dass sich die Situation der Frauen in den letzten Jahren in vielen Bereichen verbessert hat. Es gibt mehr Kinderbetreuungsplätze als jemals zuvor, die Frauen sind so gut ausgebildet wie nie zuvor und so viele Frauen wie nie zuvor sind berufstätig. So weit so gut, dennoch gibt es einen Haken: 40 Prozent der erwerbstätigen Frauen arbeiten Teilzeit und die Einkommensschere in Österreich klafft immer weiter auseinander.

der. Österreich liegt mit diesem Ergebnis, im europäischen Vergleich auf dem vorletzten Platz. Die SPÖ-Bundesfrauengeschäftsführerin Andrea Mautz sieht die Forderung nach verpflichtenden Quoten nun endgültig bestätigt: „Noch immer liegt der Anteil von Frauen in Führungsetagen der großen Wirtschaftsunternehmen unter zehn Prozent, obwohl es so viele hoch qualifizierte Frauen wie nie zuvor gibt.“

FPÖ verbreitet skurriles Frauenbild

Als „skurril“ bezeichnet SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm die Interpretation der Ergebnisse des Frauenberichts 2010 von FPÖ-Frauensprecherin Gartelgruber. „Die Hauptsache des Frauenberichts 2010 ist, dass immer mehr Frauen besser ausgebildet sind, aber noch immer eindeutig weniger verdienen als Männer. Für die FPÖ hat



Der Frauenbericht zeigt, dass sich die Situation der Frauen zwar in Österreich in vielen Bereichen gebessert hat – die Einkommensschere klafft aber weiterhin auseinander.

das biologische Gründe. Das ist eine unfassbare Beleidigung für alle Frauen in Österreich“, so Wurm.

Die Ergebnisse des Frauenberichts sind nicht erfreulich, sondern ein klarer Handlungsauftrag an alle politischen EntscheidungsträgerInnen, endlich für die Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt zu kämpfen. ♦

INTERVIEW

Potential der Frauen endlich erkennen

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek im Interview mit „SPÖ Aktuell“ über die Arbeitsmarkt-Situation der Frauen.

SPÖ Aktuell: Wie wollen Sie die Einkommensschere schließen?

Gabriele Heinisch-Hosek: Lippenbekennnisse zu gleichem Lohn für gleiche Arbeit reichen nicht mehr aus, daher müssen endlich die Durchschnittsgehälter von Frauen und Männern offengelegt werden. Mit der gesetzlichen Verankerung der Einkommenstransparenz in den Betrieben werden wir hier sicher einen großen Schritt vorankommen.

Wie wollen Sie Frauen unterstützen, in Führungspositionen künftig Fuß zu fassen?

Heinisch-Hosek: Es wird nicht ohne verpflichtende Quoten gehen. Aber ich habe gelernt, dass die Quote nicht von heute auf morgen durchzusetzen ist. Ich habe daher dem Koalitionspartner einen Stufenplan vorgelegt, um Schritt für Schritt mehr Frauen in Führungspositionen zu bekommen. Bis 2013 soll es 25 Prozent

und bis 2018 40 Prozent Frauen in Aufsichtsräten geben.

Glauben Sie, dass sich noch immer nichts an der Einstellung der Männer gegenüber der Rolle der Frau geändert hat?

Heinisch-Hosek: Männer erzählen mir ständig, wie sehr sie ihre Frauen daheim unterstützen und im Betrieb fördern. Allerdings sieht die Realität anders aus. Männer reden zwar wie Parade-Feministen, sind aber in Wahrheit im Alltag Machos.

Möchten Sie unseren Leserinnen noch etwas mit auf den Weg geben?

Heinisch-Hosek: Ich verspreche allen Frauen in unserem Land, dass ich mit voller Kraft, Leidenschaft und Engagement daran weiterarbeiten werde, dass Frauen mehr verdienen und es mehr Kinderbetreuungsplätze gibt.



Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek: „Es muss endlich das Potential und der ökonomische Nutzen von Frauen in Führungspositionen erkannt werden. Es kann nicht sein, dass eine Frau ein Mann sein muss, um Karriere zu machen.“

Knie

WIENER LANDESPARTEITAG

Wien investiert sich aus Krise heraus

„Für Wien. Wir machen's“: Unter diesem Motto stand der 65. Landesparteitag der Wiener SPÖ. Insgesamt nahmen 1.800 Personen daran teil.



Fotos: SPÖ Wien

Was passieren würde, wenn die FPÖ in Wien an die Macht käme, stehe fest, erinnerte Wiens Bürgermeister Michael Häupl in seiner kämpferischen und viel beachteten Rede daran, wie die schwarz-blaue Regierung ihre Versprechen mit Sozialabbau, Pensionsraub und eingesparten Polizeidienststellen gebrochen hat.

Wiens SPÖ-Chef Bürgermeister Michael Häupl unterstrich am Parteitag die Devise der Hauptstadt: „Aus der Krise heraus investieren, nicht in die nächste hineinsparen. Denn: Wer heute sät, kann morgen ernten.“ Im Zentrum der Vorhaben stehen Investitionen in Schulen, Spitäler, Wohnneubauten und -sanierungen sowie in die Verkehrsinfrastruktur.



Rund 1.800 Personen nahmen am Landesparteitag der Wiener SPÖ teil. Darunter auch SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas, Wiens Finanzstadträtin Renate Brauner und Staatssekretär Josef Ostermayer.



Bundeskanzler Werner Faymann mit Bürgermeister Michael Häupl

Andere Finanzwelt nach der Krise

Der Bürgermeister betonte, dass die Finanzwelt nach der Krise anders aussehen müsse, als zuvor. SPÖ-Bundespartei-vorsitzender Bundeskanzler Werner Faymann unterstrich in seiner vielbeachteten Rede, dass die Folgen der Krise nur mit vereinten sozialdemokratischen Kräften bekämpft werden können. Man dürfe sich nicht darauf verlassen, dass „das Richtige geschieht, ohne dass wir etwas dafür tun müssen.“ Die Regierungen der Europäischen Union seien schließlich mehrheitlich von Konservativen und Neoliberalen dominiert. Diese Kräfte würden alles daran setzen, alle Spekulations-Kartenhäuser wieder aufzubauen, die in den vergangenen Jahren zusammengebrochen seien, betonte der Bundeskanzler.



„Für Wien. Wir machen's“: Unter diesem Motto wurde der 65. Landesparteitag der Wiener SPÖ von Landespartei-sekretär Christian Deutsch eröffnet. Hier im Bild mit Wiens Wohnbaustadtrat Michael Ludwig.



Gemeinderatswahl-Ziel ist „stabile Mehrheit“

Im Hinblick auf die Wiener Gemeinderatswahlen betonte Häupl, dass das Ziel der SPÖ eine „stabile Mehrheit“ sei. Es braucht „Entscheidungssicherheit in der Stadt“. Auch gehe es darum, dass „die Lebensqualität, wie wir sie erreicht haben, für die Zukunft fortgeschrieben werden kann.“ ♦

KOALITION

Klarstellung zu Mindestsicherung und ÖBB

Bundeskanzler Werner Faymann trat jüngsten Aussagen und Behauptungen von Seiten der ÖVP bezüglich Mindestsicherung und ÖBB deutlich entgegen.

Zinner



Bundeskanzler Werner Faymann stellt klar: Die Mindestsicherung ist von den Landeshauptleuten unterschrieben – und ist kein Spielball.

Es ist eine Schande, die Armutsbekämpfung zu einem Tauschobjekt zu machen“, betonte SPÖ-Vorsitzender, Bundeskanzler Werner Faymann beim Wiener Landesparteitag in Richtung ÖVP. Auslöser war VP-Klubobmann Karlheinz Kopf, der mit einer Blockade der Mindestsicherung drohte, wenn nicht bis Juni die Eckpunkte der, von der ÖVP gewünschten, Transparenzdatenbank feststehen. Zu Kopfs Beharren, Österreich könne nicht von der sozialen Hängematte aus saniert werden, stellte Faymann klar: Die Regierung dürfe nicht auf dem Rücken

armer Leute Poker spielen. Und auch SPÖ-Klubobmann Josef Cap betonte: „Die Mindestsicherung als Beitrag zur Armutsbekämpfung ist nicht nur eine politische und soziale, sondern auch eine moralische Verpflichtung. Sie ist keine ‚soziale Hängematte‘. Die ÖVP soll sich lieber mehr um Steuerhinterziehung und Steuerflucht kümmern.“

ÖBB: SPÖ vertraut Doris Bures

Ebenfalls im VP-Schussfeld stehen derzeit die ÖBB. ÖVP-Obmann Pröll verstieg sich

„Wir lassen nicht zu, dass die ÖBB zerschlagen und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer täglich beschimpft werden.“

**Bundeskanzler
Werner Faymann**

dazu, der SPÖ vorzuwerfen, die Bundesbahnen als ihre Vorfeldorganisation zu betrachten. Damit versucht die ÖVP offenbar zu erklären, warum ihre Vertreter aus dem ÖBB-Aufsichtsrat ausgezogen sind – und damit jede Verantwortung von sich weisen, obwohl die Misswirtschaft bei den ÖBB auf die schwarz-blaue Regierung zurückgeht. Tatsächlich ist es die ÖVP, die es nur auf Posten abgesehen hat. So hat ÖVP-Klubchef Kopf in einem Vieraugengespräch mit Infrastrukturministerin Doris Bures gefordert, dass der Generalsekretär der Industriellenvereinigung (IV), Markus Beyrer, Aufsichtsratsvorsitzender der ÖBB werde. Bundeskanzler Werner Faymann stellte beim Wiener Parteitag klar: „Wir lassen nicht zu, dass die ÖBB zerschlagen und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer täglich beschimpft werden.“ Man vertraue Infrastrukturministerin Doris Bures und nicht jenen Personen, die man unter Schwarz-Blau kennengelernt habe. ♦

ZUM THEMA

Mindestsicherung: SPÖ hält sich an Vereinbarungen

► Im Ministerrat am 2. März 2010 in Graz wurde eindeutig vereinbart, dass die Mindestsicherung am 1. September 2010 in Kraft tritt.

► Weiters wurde vereinbart, dass die Grundlagen einer Transparenzdatenbank – mit allen Geld- und Sachleistungen aus den Bereichen Soziales, Landwirt-

schaft, Wirtschaft etc. – bis Herbst vorliegen sollen. Die SPÖ ist selbstverständlich bereit, diese beiden Vereinbarungen auf Punkt und Beistrich einzuhalten.

► Tatsächlich liegt bei der Transparenzdatenbank die Streitfront derzeit innerhalb der ÖVP. Der Wirtschaftsminister ist

vereinbarungsgemäß bereit, alle Förderungen in die Transparenzdatenbank einzubringen. Der Landwirtschaftsminister hingegen legt sich hier laut Medienberichten quer. Das kann nur bedeuten, dass Teile der ÖVP nun die Mindestsicherung als Erpressungsgegenstand missbrauchen wollen, weil sie gegen vollständige Transparenz sind.

SENIOREN

10 Jahre Sozialpartner Seniorenrat

Am Dienstag feierte der Österreichische Seniorenrat zusammen mit zahlreichen Ehrengästen und Mitgliedern sein 10-jähriges Jubiläum als Sozialpartner.

Der Seniorenrat ist in den zehn Jahren seines Bestehens ein unverzichtbarer Bestandteil der Republik Österreich geworden“, erklärte der Präsident des Seniorenrats und des Pensionistenverband Österreichs (PVÖ) Karl Blecha, der verdeutlichte: „Wir brauchen Generationensolidarität statt Generationenkonflikt. Unsere Aufgabe ist es, Seniorenpolitik zu formulieren, die in alle Fachgebiete reicht.“ Es gehe um eine „Generationendemokratie“, in der „Entscheidungen mit jenen getroffen werden, die sie betreffen“.

Den Dialog und das Gemeinsame in den Vordergrund stellen

Auch Bundeskanzler Werner Faymann und Sozialminister Rudolf Hundstorfer nahmen



Denk

„Der Seniorenrat spricht mit Überzeugung für Generationensolidarität“, würdigte Nationalratspräsidentin Barbara Prammer die Leistungen des Seniorenrats und dankte dem Präsidenten des Seniorenrats Karl Blecha für seinen unermüdlichen Einsatz für die älteren Bürgerinnen und Bürger.

aufgeteilt wird.“ Der Sozialminister lobte, das „konstruktive Miteinander“ des Seniorenrats.

am Festakt des Seniorenrats teil. „Ich sehe den Seniorenrat nicht als Lobbyisten einer ganz bestimmten Gruppe, sondern ich sehe ihn im Sinne der Sozialpartnerschaft, als eine Gruppe, die das Gemeinsame in der Gesellschaft sucht“, betonte der Bundeskanzler und unterstrich: „Ich lasse nicht zu, dass die Gesellschaft in Alt und Jung

„Den Dialog und das Gemeinsame in den Vordergrund zu stellen, trägt einen wesentlichen Teil zur Stabilität eines Landes bei“, so Hundstorfer, der den hohen Stellenwert des gemeinsamen Gestaltens und die „Mitwirkung, Mitsprache und Mitverantwortung im Interesse aller Generationen“ hervorhob. ♦

ÖSTERREICH 2020

Demokratie ist kein Zuschauersport, sie erfordert Teilhabe

Interessant, spannend und hochkarätig besetzt – so gestaltete sich die erste Veranstaltung der Diskursgruppe „Demokratie, Partizipation & Medien“.



Mit den Worten von Bruno Kreisky erklärte Staatssekretär Ostermayer: „Lasst uns das Land mit Demokratie durchfluten.“

so Ostermayer. Das Ziel: langfristige Perspektiven zu diskutieren und möglichst viele Menschen innerhalb und außerhalb der SPÖ in diesen Dialog einzubinden. „Demokratie ist kein Zuschauersport, sondern sie erfordert Teilhabe“, bekräftigte Ostermayer. ♦

Demokratie ist nicht selbstverständlich. Wir müssen täglich um sie kämpfen“, betonte der Staatssekretär für Medien und Koordination Josef Ostermayer bei der ersten Veranstaltung der Diskursgruppe „Demokratie, Partizipation & Medien“ im Rahmen der Initiative Österreich 2020. „Wir dürfen nicht vergessen, dass Demokratie ein Bereich ist, wo man Gemeinsamkeiten finden muss, um Ideen durchzusetzen. Und dass Demokratie von der Teilhabe der Bürger lebt“,

BUWOG/HYPO-SKANDAL

ÖVP soll schützende Hand von Ex-Minister Grasser nehmen

Beim Hypo- und Buwog-Skandal hält die ÖVP offensichtlich schützend die Hand über Ex-Minister Grasser. SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter fordert, dass das beendet wird.

Kräuter kritisiert, dass die ÖVP Grasser vermeintliche Entlastungsprotokolle zuspielt und andererseits Finanzstaatssekretär Lopatka den Buwog-Deal, trotz der längst bekannten Malversationen, im Nationalrat als transparent bezeichnet. Vor allem aber stoßen die schleppenden Erhebungen der Justiz und die nach wie vor unterbliebene Kontenöffnung Grassers auf allgemeines Unverständnis, so Kräuter. Er betont: „Sowohl im Buwog- wie im Hyposkandal erwartet die Bevölkerung schonungslose Aufklärung ohne Rücksicht auf die Parteiprominenz Grassers. Schlussendlich muss es zu einer Reform der Korruptionsbestimmungen kommen.“ ♦

SPÖ-Geschäftsführer Günther Kräuter fordert die lückenlose Aufklärung des Buwog- und des Hypo-Skandals.



SPÖ

Zukunftsdebatte in voller Fahrt

Seit 12 Wochen läuft mit „Österreich 2020“ die vom SPÖ-Vorsitzenden Bundeskanzler Werner Faymann initiierte Zukunftsdiskussion der österreichischen Sozialdemokratie. Rege Beteiligungen auf breiter Basis sind als erster Zwischenstand zu verzeichnen.

Fotos: Zinner, Henisch, Ortner



Österreich 2020: Mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern und fundierter Expertise sozialdemokratische Antworten auf neue Herausforderungen finden



Die Initiative „Österreich 2020“ ist die offene Zukunftsdiskussion der SPÖ. Sie beschäftigt sich mit sozialdemokratischen Antworten auf wesentliche, über die Tagespolitik hinausgehende Zukunftsfragen. Die Diskussionen entwickeln sich dabei ausgehend von drei zentralen Fragen: Welchen Herausforderungen müssen sich Staat, Wirtschaft und Gesellschaft stellen? Wie lauten die sozialdemokratischen Antworten auf diese Herausforderungen? Mit welchen Mitteln und Allianzen können wir diese Antworten umsetzen?

Großes Engagement auf allen Prozess-Ebenen

Welche Kreise die Denkprozesse ziehen, zeigen die folgenden beeindruckenden Zahlen: Bereits mehr als 500 Fachexpertinnen und -experten sind in die Arbeit von über 50 Diskursgruppen eingebunden, die mehrmals im Quartal tagen. „Österreich 2020“ freut sich über 1.000 Webuser auf Facebook sowie rund 500 registrierte User auf www.oe2020.at. Einen besonderen Erfolg stellt das vielfältige öffentliche Veranstaltungsangebot

von „Österreich 2020“ dar: Bereits mehr als 2.000 Interessierte nahmen bisher an den zahlreichen Veranstaltungen teil.

Derzeit läuft der Diskursgruppenprozess, begleitet durch wissenschaftliche Experten. Sie diskutieren und erarbeiten die zentralen Herausforderungen und Fragestellungen. Inputs kommen zusätzlich durch zahlreiche öffentliche Veranstaltungen und im Rahmen von Expertengesprächen.

Zumindest alle zwei Wochen finden Veranstaltungen mit 50 bis 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmern zu den unterschiedlichen Themen und Fragestellungen statt. In offenen Diskussionen mit den jeweiligen ressortzuständigen SPÖ-Regierungsmitgliedern und Experten aus unterschiedlichen Bereichen werden die Ansätze einer zeitgemäßen Sozialdemokratie diskutiert.

In den vergangenen drei Monaten wurde also intensiv an der Definition der Herausforderungen und Fragestellungen gearbeitet.

Sobald dieser Prozess abgeschlossen ist, geht das Projekt „Österreich 2020“ in seine nächste Phase, in der die sozialdemokratischen Antworten auf die Herausforderungen des kommenden Jahrzehnts entwickelt werden sollen – unter möglichst breiter Beteiligung.

ungen des kommenden Jahrzehnts entwickelt werden sollen – unter möglichst breiter Beteiligung.

www.oe2020.at

Bereits zu Beginn des Projekts wurde eine virtuelle Plattform eingerichtet – **www.oe2020**: Dort können User aktiv ihre Kommentare, Überlegungen, Ergänzungen sowie konstruktive Inputs einbringen. Diese werden in Folge zusammengefasst, den Moderatoren der Diskursgruppen übergeben, in den Arbeitsgruppen bearbeitet und danach an die User zurück kommuniziert. ♦

WEBTIPP

Aktuelle Ankündigungen sowie die Dokumentation der laufenden Veranstaltungen und die Möglichkeit, auch online aktiv am Prozess teilzunehmen finden sich auf www.oe2020.at.

ÖSTERREICH 2020
Bei Österreich 2020 registrieren! | Schon dabei? Logg dich ein! | SPÖ

NEUE AUFGABEN. NEUE ANTWORTEN. NEUE ALLIANZEN.

Über Österreich 2020
Diskursgruppen
Gesundheit, Beschäftigung, Wirtschaft
Verkehrsmittel, Energie & Umwelt, Bildung, Kunst & Kultur, Wissenschaft
Gesundheit
Frauen, Familie, Jugend
Verkehr, Innovation, Technologie, Umwelt, Energie
Zusammenleben, Sport, Recht, Ordnung, Sicherheit
Demokratie, Partizipation & Medien
Meinungsforum

"Demokratie"-Umfrage
Themen und noch mehr
Umfrage Thema Frauen
und mehr
Befragung zum Thema
"Familie"
und mehr

Demokratie ist kein
Zuschauerport
Demokratie ist nicht
unverwundbar. Wir müssen
sie um sie kämpfen.
Welche der Staatsmacht
soll die Demokratie
steuern?

Sozialdemokratie und
Österreich
In seinem Buch "Die Zukunft der
Sozialdemokratie" von Peter
Schäfer gehen wir
auf die deutsche
Bühne (2)

Blog
Bühne (2)

TIROLER LANDESPARTEITAG

Hannes Gschwentner im Amt bestätigt

Auf dem ordentlichen Landesparteitag der SPÖ Tirol in Absam wurde SPÖ-Landesparteivorsitzender und LHStv. Hannes Gschwentner mit 76,24 Prozent der Delegiertenstimmen eindrucksvoll im Amt bestätigt.



Hausherr Arno Guggenbichler, Bürgermeister von Absam, bei seiner Begrüßungsrede.



Frisch, knackig und rot – gesunde Früchte aus der Region für den frisch gewählten Vorsitzenden. Überreicht von Klaus Gasteiger, Gisela Wurm, Ernst Pechlaner und Gerhard Reheis (v.l.)



Ministerin Gabriele Heinisch-Hosek wurde mit großem Applaus empfangen und hielt eine feurige Rede.

289 Delegierte kamen zum Parteitag.



Hannes Gschwentner nutzt den Parteitag, um sich bei den Bürgermeistern und der Bürgermeisterin (von Wörgl) für die guten Ergebnisse bei der Gemeinderatswahl zu bedanken.



Das Ergebnis ist ein klares Signal, dass wir gemeinsam an einem Strang ziehen, um die SPÖ Tirol in die Zukunft zu führen“, so Gschwentner. Er zeigte sich mit dem Ergebnis „vollkommen zufrieden“ und versprach, „weiterhin mit 100-prozentigem Einsatz für die Werte der Sozialdemokratie zu kämpfen“. Höhepunkt des Landesparteitags war die Rede des Landesparteivorsitzenden, in der er vor über 280 Delegierten an die vielen Erfolge der sozialdemokratischen Abgeordneten und Regierungsmitglieder – von der Arbeitstiftung über die Mietzinsbeihilfe bis hin zur Kinderbetreuung – in Tirol

erinnerte. Gschwentner betonte: „Unsere politische Arbeit hat Profil, denn ohne sozialdemokratische Regierungsbeteiligung würde unser Land ganz anders aussehen.“ Jetzt gelte es, „auf neue Herausforderungen neue Antworten“ zu finden.

Nicht aufs Gestalten vergessen

Mit großem Applaus wurde die Gastrednerin Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek empfangen. Sie appellierte für Geschlossenheit innerhalb der Partei und betonte: „Wir dürfen vor lauter Reparieren

nicht aufs Gestalten vergessen – denn das wird von uns erwartet.“ Sie betonte die Wichtigkeit einer solidarischen Gesellschaft, in der Frauen jenen Platz haben, der ihnen zusteht. Auch die Bewältigung der Krise und die gemeinsame Schule wurden von ihr thematisiert. Am Nachmittag wurden 44 Anträge diskutiert und abgestimmt, die sich inhaltlichen Weichenstellungen u.a. in den Bereichen Bildung, Arbeit, Soziales und Wohnen widmeten. Gisela Wurm war am Vorabend des Parteitags mit 100 Prozent in ihrer Funktion als Frauenvorsitzende der SPÖ Tirol bestätigt worden. ♦

PARLAMENT

Parlaments-Fußballer setzen Zeichen gegen Rassismus



Auch heuer fand das traditionelle internationale Parlamentarier-Fußballturnier statt. Vor dem Anpfiff unterzeichneten die vier Mannschaftskapitäne eine Antirassismus-Deklaration.

Die Parlamentsmannschaften aus Finnland, Deutschland, der Schweiz und Österreich kämpften heuer zum 38. Mal um den Titel „Beste Parlaments-Fußballmannschaft“. Austragungsort war der neu eröffnete Sportpark Lissfeld in Linz. Obwohl die österreichische Mannschaft hoch motiviert kämpfte und nur vom deutschen Team geschlagen wurde, „reichte es nur für einen dritten Platz“, kommentierte SPÖ-Sportsprecher und Mannschaftskapitän Hermann Krist den Ausgang des Turniers. Insgesamt nahmen rund 100 Parlamentarier und Parlamentsmitarbeiter der vier Länder am Turnier teil – darunter neben Kapitän Krist die SPÖ-Spieler Christian Götz,



Das österreichische Team machte sich, gemeinsam mit den anderen Mannschaften, gegen Rassismus und Diskriminierung stark.



Günther Kräuter, Hubert Kuzdas und Rudolf Plessl.

Bevor es mit dem Titelkampf losging, unterschrieben die Teamkapitäne eine



Bei dem Kampf um das runde Leder bewiesen die Parlaments-Fußballspieler vollen Einsatz.

Austragungsort des 38. Parlamentarier-Fußballturniers war der Sportpark Lissfeld in Linz. Im Bild: Österreich-Kapitän Hermann Krist und internationale Gäste.

Antirassismus-Deklaration. Damit unterstützen die Fußballer Maßnahmen, um Rassismus und Diskriminierung im Fußball zu bekämpfen. ♦

Fotos: Plohe

WIEN

Frauen wollen mehr



Unter diesem Motto steht die diesjährige Bundesfrauenkonferenz. Im Zentrum der Diskussion stehen die Forderungen nach Quotenregelung und gleichem Lohn für gleiche Arbeit.



Am 10. Juni 2010 ab 11 Uhr findet in der Pyramide Vösendorf die Ordentliche Bundesfrauenkonferenz statt, bei der sich Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek der Wiederwahl zur SPÖ-Bundesfrauenvorsitzenden stellt. Weitere Programmpunkte sind neben einleitenden Grußworten von Bundeskanzler Werner Faymann und der Verleihung des Johanna-Dohnal-Preises, Open-Space-Diskussionen zu verschiedensten Themen von A wie Arbeit bis Z wie Zukunft der SPÖ. Ein Schwerpunkt der Diskussionen liegt auf den Forderungen nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit und Quotenregelungen in Betrieben, um damit die Chancengleichheit und -gerechtigkeit für arbeitende Frauen zu erhöhen. Anmeldung bis 9. Juni erforderlich unter: frauen@spoe.at oder Tel.: 01/534 27 273. ♦

NIEDERÖSTERREICH

Leitner: Geld gehört in die Gemeinden



Ohne Unterstützung droht vielen NÖ Gemeinden in den kommenden Monaten Zahlungsunfähigkeit.

SPÖ NÖ-Vorsitzender, LHStv. Sepp Leitner fordert daher von der VPÖ tätig zu werden und hat konkrete Vorschläge: „Der 500 Millionen Euro umfassende Zukunftsfonds für Projekte in den Gemeinden, dotiert aus kurzfristig veranlagten Wohnbaugeldern, würde keine zusätzliche Budgetbelastung bringen.“ Zudem sollen die durch die Aussetzung der Erhöhung der Landesumlagen zumindest für 2011 und durch eine landesspezifische Verwaltungsreform erzielte Einsparungen bzw. Entlastungen an die Gemeinden weitergegeben werden. „Das Geld gehört auch dorthin, wo die Bürgerinnen und Bürger leben – nämlich in die Gemeinden“, betont Leitner. ♦



SPÖ-Niederösterreich Vorsitzender, LHStv. Sepp Leitner fordert Maßnahmen zur finanziellen Entlastung der Gemeinden.



Zimmer

Sportpolitische Herausforderungen für die nächsten 10 Jahre

Dem Sport als Querschnittsmaterie kommt in den nächsten Jahren eine sicherlich immer größere Rolle zu – gerade im Konzert der bedeutenden sozialdemokratischen Themenstellungen für das Wohl unserer Gesellschaft.

„Bewegungsangebote in Kindergärten und Volksschulen, gesundheitsorientierte Sportangebote für Erwachsene, betriebliche Gesundheitsförderung, Sport für ältere Menschen gibt es noch nicht ausreichend flächendeckend bzw. leistbar.“

Sport und die Sportvereine haben sich in den letzten Jahren vom reinen Sparten- und Wettkampfsdenken für interessierte Leistungssportler hin zu einem gesundheitspolitischen Motor entwickelt. In Zeiten, da Übergewicht und Fettsucht bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen eine stete Gefahr geworden sind, können die Ziele einer sozialdemokratischen Sportpolitik nicht nur bei der Entwicklung von Leistungs- und Spitzensport liegen, sondern müssen wieder viel mehr im breiten sportlichen Sektor eingegossen werden. Zudem haben Sportvereine neben den bisherigen Aufgaben des Sportartenangebotes große Aufgaben als öffentliche Dienstleister im Gesundheits- und Sozialsystem zu erfüllen.

Die Lösung, die die ASKÖ für diesen Ist-Stand parat hat, liegt in einem Zwei-Säulen-Denken.

Auf der einen Seite soll der über Jahrzehnte entwickelte Leistungs- und Wettkampfsport in nahezu 100 verschiedenen Sportarten und deren Sparten weiter gestärkt werden. Denn es ist unzweifelhaft, dass sportliche Erfolge eine unglaublich positive Vorbildwirkung für alle Menschen erzeugen. Erfolgreiche Sportlerinnen und Sportler werden allseits anerkannt und dienen als unbezahlbare Botschafter für eine leistungswillige Gesellschaft. So ist Werner Schlager zum Beispiel der bekannteste Österreicher im Riesenland China. Sportli-

che Großveranstaltungen und die wöchentlich zahllosen Sportwettkämpfe sind Wirtschaftsmotoren, sichern Erzeugern und Zulieferbetrieben ihren Standort ab und helfen durch die Schaffung von Arbeitsplätzen dem Arbeitsmarkt. Der funktionierende und boomende Sport-Tourismus ist sicherlich auch in erster Linie dem Wettkampfsport und dem Bekanntmachen von Österreich zuzuschreiben.

Daher muss sich die SPÖ zum Leistungs- und Höchstleistungssport bekennen und muss auch in den kommenden Jahren höchstes Augenmerk auf diesen Sektor legen. Sportliche Leistungen sind aber kein Selbstläufer, sondern bedingen ein klares Bekenntnis zu modernen Ressourcen und Fördersystemen.

Die zweite Säule ist dem Bereich „Bewegung und Sport für alle“ gewidmet. Volkswirtschaftliche Studien beweisen, dass sportliche Aktivität möglichst vieler Österreicherinnen und Österreicher dem Gesundheits- und Sozialsektor schon jetzt Budgeteinsparungen ermöglichen. Nachdem aber erst rund 40 Prozent der Bevölkerung sportlich aktiv sind, muss es das Ziel einer sozialdemokratischen Sportpolitik sein, den Anteil der Sportaktiven in den kommenden Jahren zu erhöhen. Schon Julius Tandler hat gesagt: „Wer Sportplätze baut, hilft Spitäler sparen“. Diese in den 1920er-Jahren – als es auch wirtschaftliche Engpässe gab – aufgestellte Erkenntnis ist gerade heutzutage aktuell.

Noch bewegt sich dieser Sektor in den Kinderschuhen. Bewegungsangebote in Kindergärten und Volksschulen, gesundheitsorientierte Sportangebote für Erwachsene, betriebliche Gesundheitsförderung, Sport für ältere Menschen gibt es noch nicht ausreichend flächendeckend bzw. leistbar – obwohl die ASKÖ in den letzten 20 Jahren viel Pionierarbeit geleistet hat. Ziel einer SPÖ-

Sportpolitik der nächsten Jahre muss es sein, ein Netzwerk über Betriebe, Organisationen und Vereine herzustellen, damit es jedem Bürger in Österreich möglich ist, seine sportlichen Bedürfnisse abdecken zu können.

Zu diesen funktionierenden Säulen gehört auch ein funktionierendes Vereinswesen. Ohne Sportvereine als Ausgangspunkt allen Sporttreibens – vom Spitzensport bis zum gesundheitsorientierten Bewegungsverhalten für alle Altersgruppen – würde der Unterbau fehlen.

Freiwillige Tätigkeit von über 90 Prozent Ehrenamtlichkeit in den Sportvereinen ist ein Auftrag für die SPÖ, durch eine gute Sportpolitik einfache und wirksame Rahmenbedingungen zur Verfügung zu stellen, damit sich möglichst viele Menschen bereit erklären, ihre Arbeitsleistung organisatorisch einzubringen. In diesem Bereich wären gesetzliche Ausnahmeregelungen von Vorteil, damit gerade die freiwillige Arbeit nicht durch teures professionelles Personal ersetzt werden müsste.

Weitere Themen für die nächsten Jahre sind mit Sicherheit auch die bessere Fokussierung auf den Frauensport, die Integration von gesellschaftlichen Randgruppen in Sportaktivitäten und der Behindertensport, dem immer größere Bedeutung zukommt, sowie eine ausreichende und zeitgemäße Infrastruktur.

Um all diese Punkte einer sozialdemokratischen Sportpolitik erfüllen zu können, braucht es ein klares Bekenntnis der SPÖ zum Sport, braucht es auch ein Bekenntnis der Sektoren Gesundheit, Soziales, Generationen, Finanzen u.v.m. für die Entwicklung des Sports. ♦

Abg. z. NR Dr. **Peter Wittmann** ist seit 2005 Präsident der ASKÖ.

LESERBRIEFE

Die Burgenlandwahl, der Frauenbericht, die Neue Mittelschule sowie die Finanztransaktionssteuer beschäftigten unsere Leserinnen und Leser in den letzten Wochen besonders. Zahlreiche Reaktionen erreichten die Redaktion. Hier finden sich einige Zusendungen – teilweise gekürzt – wieder.

Lieber Herr Landeshauptmann Niessl,

ich möchte Ihnen recht herzlich zu Ihrem Sieg im Burgenland gratulieren. Die SPÖ ist mit 49 Prozent wohl kaum gegen die Wand gefahren, so wie ÖVP-Chef Pröll behauptet. Ich finde diese Aussage eine Unverschämtheit, denn damit beleidigt Pröll die burgenländischen Wähler. Er sollte die Wahlergebnisse seiner Partei im Burgenland genauer studieren und dann seine eigenen Schlüsse daraus ziehen. So viel ich weiß, hat die ÖVP das schlechteste Ergebnis in der Zweiten Republik eingefahren. Ich kann dem Herrn Vizekanzler nur raten, vor seiner eigenen Tür zu kehren, anstatt bei anderen Staub aufzuwirbeln, wo es keinen gibt.

Georg Offenbauer,
Eisenstadt

An die Redaktion,

vielleicht können Sie mir sagen, wann die ÖVP endlich ihre bildungspolitische Blockade hinsichtlich der gemeinsamen Schule aufgeben wird. Das von Bildungsministerin Schmied initiierte Erfolgsprojekt bietet gleiche Chancen für alle Kinder, fördert Talente und beendet endlich die zu frühe Selektion unserer Kinder. Die ÖVP predigt immer Wasser und trinkt dennoch Wein. Sie will innovativ und zukunftsfruchtig agieren, ver-

hindert jedoch mit ihrer „Nein-Sager-Politik“ ein Bildungssystem, das weltweit hoch anerkannt ist und das Beste für die Schülerinnen und Schüler mit sich bringt.

Helga Guggenberger
Vöcklabruck

Liebe SPÖ,

der kürzlich veröffentlichte Frauenbericht und dessen Ergebnisse waren nicht erfreulich. Dass Frauen bei gleicher Qualifikation und gleicher Arbeit noch immer weniger verdienen als Männer, nur weil sie Frauen sind, ist eine Frechheit sondergleichen. Ich finde die Forderung von Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek nach mehr Einkommenstransparenz in Betrieben daher wichtig, gut und richtig. Ohne gesetzliche Maßnahmen werden wir die patriarchalen Strukturen, die leider immer noch in Österreich herrschen, nicht durchbrechen können. Ich hoffe, dass sie auch weiter wie eine Löwin für die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen am Arbeitsmarkt kämpfen werden.

Melanie Brünner
Wörgl

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Ihr hartnäckiger und unermüdlicher Einsatz für eine europäische Finanztransaktionssteuer, die Sie notfalls auch nur in Österreich durchsetzen wollen, zeigt wieder einmal, dass der österreichische Bundeskanzler sich für Gerechtigkeit einsetzt. Sie, Herr Bundeskanzler Faymann, wollen nämlich, dass die Verursacher der Krise zur Verantwortung gezogen werden und nicht die breite Masse bzw. die hart arbeitende Bevölkerung. Pröll



Bilderbox

Die SPÖ will die gemeinsame Schule und gleiche Chancen für alle Kinder.

hingegen will mit Massensteuern die österreichische Bevölkerung belasten und die Spekulanten und Zocker entlasten. Die Definition von „sozialer Gerechtigkeit“ sollten Pröll und seine Parteifreunde lieber mal im Wörterbuch nachschlagen, denn ich glaube, die ÖVP verwechselt „soziale Gerechtigkeit“ mit unverschämten Steuern.

Hans Mischek
Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Chefredakteur: Alexander Lutz, Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler, Redaktion: Markus Bacher, Mag^a Alexandra Bärtl, Mag^a Regine Bohm, Mag. Gerald Demmel, Mag^a Birgit Jung, Martin Oppenauer, Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber, Bildredaktion: Emil Goldberg, Layout & Coverfoto: Thomas Lehmann, Bildbearbeitung: Max Stohanzl, Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275, Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97 Hersteller: Leykam Druck, Wr. Neustadt, E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

NET NEWS

Web-Drehscheibe für Frauen in Führungspositionen

Auf der Onlineplattform „Frauen in Führungspositionen“ werden die wichtigsten Informationen über Frauen in Spitzenpositionen zusammengeführt. Dadurch sollen der interessierten Öffentlichkeit nationale und internationale Vorzeigebispiele aufgezeigt, Studien und Artikel sowie Meinungen zu diesem Thema angeboten werden. Ein Überblick über bestehende Datenbanken und Netzwerke wird ebenfalls

ermöglicht. „Mit dieser Website räumen wir mit dem Vorurteil ein für allemal auf, dass es nicht genügend hochqualifizierte Frauen gibt“, erklärt Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek. Die Homepage dient als „Drehscheibe“, die es leichter macht, am richtigen Platz oder bei der richtigen Organisation „anzudocken“ oder einfach Informationen zu diesem Thema zu finden.



BKA



Bundeskanzler mit Präsident

Bei der 38. Volkswirtschaftlichen Tagung der Oesterreichischen Nationalbank machte Bundeskanzler Werner Faymann klar, dass wir die richtigen Lehren aus der Krise ziehen müssen. (im Bild neben Faymann: der Präsident der Europäischen Zentralbank, Jean-Claude Trichet)

Tatic



Ministerin mit Award

Bei der Galanacht der ARGE2Rad wurde Verkehrsministerin Doris Bures mit dem Safety Award ausgezeichnet. Laudator Frank Hoffmann betonte, wie wichtig der Ministerin das sichere Miteinander im Straßenverkehr ist.

Jantzen



Minister mit Haltung

Für seine antifaschistische Haltung und seinen Einsatz gegen Rechtsextremismus wurde Verteidigungsminister Norbert Darabos mit der Otto-Bauer-Plakette der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer ausgezeichnet.

Ranz



Präsidentin mit Schulklassen

84 Jugendliche aus Kärnten konnte Nationalratspräsidentin Barbara Prammer beim Jugendparlament 05/10 begrüßen. Im Bild: Schülerinnen und Schüler des Centrums für Humanberufliche Schulen des Bundes in Villach.